



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XIV. Legislaturperiode 2024-2028

2. Sitzung vom 26. August 2024

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 20.40 Uhr

Leitung: Karin Müller (Präsidentin)

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Rahel Amacker, Michelle Röschli, Christian Schmid, Thomas Schwarb

Präsidentin:

Karin Müller

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Sitzung, ihre Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats, die Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi und alle Mitglieder des Gemeinderats, alle Mitarbeitenden der Verwaltung, die Protokollführerin Linda Gerstner und den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, die Vertreter der Medien sowie den Gast. Die Präsidentin weist darauf hin, dass das Gemeinde TV wie in den letzten Sitzungen wieder Filmaufnahmen machen wird.

Präsenz

Für die heutige Sitzung entschuldigt sind Rahel Amacker, Mitte/GLP, Michelle Röschli, Mitte/GLP, Christian Schmid, SVP, und Thomas Schwarb, Grüne/EVP. Entschuldigt ist zudem Gemeinderat Stephan Appenzeller. Lewin Lempert wird sich leicht verspäten. Damit sind 35 Ratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 18 und das Zweidrittelmehr bei 24.

Bevor die Präsidentin zu den Geschäften übergeht, möchte sie noch einmal, weil doch viele neue Gesichter anwesend sind, eine Probeabstimmung durchführen. Alle Geräte funktionieren ordnungsgemäss.

Inzwischen ist der Rat vollständig und das absolute Mehr ist auf 19 gestiegen.

Neue Vorstösse

Nr. 14, Postulat R. Oberli, SVP: Fairer Plakatierungsprozess für die Binnerer Politik

Der Postulant verzichtet auf eine Begründung seines Vorstosses.

Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

	Gesch. Nr.
1. Genehmigung der Protokolle vom 17. Juni 2024 und 24. Juni 2024	
2. Ersatzwahl eines Mitglieds der Sozialhilfebehörde für die restliche Amtsperiode bis 31.12.2024	11
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 02.07.2024 Abrechnung diverser Investitionskredite Tiefbau Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	12
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.08.2024 Zone mit Quartierplanpflicht «Spiesshöfli» Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	13
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.08.2024 Interfraktionelles Postulat: Klimaschutz und Energieversorgung auf gemeindeeigenen Immobilien Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	190/XIII

6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.08.2024
**Motion S. Inäbnit, FDP: Eine zeitgemässe digitale und kundenfreundliche
Parkraumbewirtschaftung in Binningen**
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi

194/XIII

7. Diversa

Genehmigung der Protokolle vom 17. Juni 2024 und 24. Juni 2024

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP teilt mit, dass der Rat zwei Protokolle zu genehmigen habe. Das eine ist vom 17. Juni 2024 und das andere vom 24. Juni 2024. Im Büro sind keine Änderungsanträge eingegangen. Gibt es Änderungswünsche aus dem Rat? Das ist nicht der Fall.

BESCHLUSS

://: Die Protokolle werden genehmigt.

Traktandum 2**Nr. 11****Ersatzwahl eines Mitglieds der Sozialhilfebehörde für die restliche Amtsperiode bis 31.12.2024**

Präsidentin Karin Müller, SP informiert, dass es sich bei Traktandum 2 um die Ersatzwahl eines Mitglieds in die Sozialhilfebehörde für die restliche Amtsperiode bis 31.12.2024 handelt. Also nur noch bis Ende Jahr, dann ist die Amtsperiode in der Sozialhilfebehörde zu Ende und am 1.1.2025 beginnt eine neue Amtsperiode von vier Jahren. Die Wahl der Mitglieder der Sozialhilfebehörde kann nicht in stiller Wahl stattfinden. Sie muss in jedem Fall schriftlich erfolgen. Es liegen mit Verena Hersche und Thomas Hafner zwei Bewerbungen vor. Die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte haben die Bewerbungsunterlagen in ihren Akten. Gibt es weitere Kandidaturen? Das ist nicht der Fall.

Jonathan Noack, SP erklärt, die SP empfehle naturgemäss Verena Hersche zur Wahl. Aus Sicht der Fraktion macht es keinen Sinn, für ein halbes Jahr jemand anderes in diese Behörde zu wählen, da Verena Hersche ab Januar 2025 bereits in die Sozialhilfebehörde gewählt wurde.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

WAHL

Ausgeteilte Wahlzettel: 36

Eingegangene Wahlzettel: 36

Leer: 3

Ungültig: 0

Gewählt ist mit 33 Stimmen: Verena Hersche

BESCHLUSS

://: Verena Hersche, SP, wird als neues Mitglied der Sozialhilfebehörde für die restliche Amtsperiode bis 31.12.2024 gewählt.

Die Präsidentin gratuliert Verena Hersche zur Wahl.

Abrechnung diverser Investitionskredite Tiefbau

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP liegt zu diesem Geschäft ein Antrag der SVP vor. Die Fraktion möchte das Geschäft in die GRPK überweisen: «Die Abrechnung diverser Investitionskredite Tiefbau sind detaillierter durch die GRPK zu prüfen.». Da es sich dabei um einen Ordnungsantrag handelt, wird er als Erstes behandelt.

Hubert Steffen, SVP erläutert, er habe sich mit den Zahlen beschäftigt. Es hat ihn etwas stutzig gemacht, dass es innerhalb der Positionen teilweise massive Differenzen gibt, die er sich nicht erklären kann. Es gibt eine Zeile «Angebot», bei der er davon ausging, dass das Angebot verbindlich sein sollte. Dort gibt es aber teilweise auch massive Überschreitungen. Der Votant hat ein ungutes Gefühl bei diesen ganzen Abrechnungen. Die massiven Differenzen stören ihn. Daher beantragt die SVP, das Geschäft durch die GRPK prüfen zu lassen. Einleitend wurden im Geschäft zudem auf fast einer halben Seite Ausführungen zur Teuerung gemacht und innerhalb des Berichts hiess es dann immer wieder, die Teuerung sei keine Ursache. Das war für ihn ein Widerspruch.

Christoph Daniel Maier, FDP erklärt, die GRPK könne grundsätzlich in jedes abgeschlossene Geschäft Einblick nehmen und dieses überprüfen. Er fragt sich, ob es bei der Vorlage eines Kredits wirklich der richtige Weg ist, den Umweg über eine formelle Prüfung der Kreditabrechnung durch die GRPK zu machen. Das scheint ihm fast ein etwas zu grosser Aufwand für eine schlussendlich doch erfreuliche Abrechnung. Der Redner hat einen anderen Antrag erwartet. Er ist nun etwas erstaunt, dass man dies zuerst noch formell in die GRPK geben soll. Dafür scheint ihm die GRPK am Schluss nicht der richtige Weg zu sein.

ABSTIMMUNG

Überweisung in die GRPK: 6 JA / 28 NEIN (Abstimmung 02, vgl. Anhang)

://: Der Antrag der SVP, das Geschäft zur detaillierten Prüfung an die GRPK zu überweisen, wird abgelehnt.

GESCHÄFTSBERATUNG

Lukas Jegge, Mitte/GLP dankt dem Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Die Mitte/GLP nimmt die Abrechnung zu diversen Investitionskrediten im Tiefbau zur Kenntnis und genehmigt sie. Insbesondere sind sie erfreut über die beiden Abrechnungen mit den positiven Ergebnissen für die Gemeinde Binningen. Die beiden anderen Abrechnungsergebnisse mit einem Überzug des Kredits sind im Bericht wohlbegründet und für die Fraktion nachvollziehbar.

Peter Bertschi, Grüne/EVP äussert, die Grünen/EVP bedanken sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die ausführliche und gut begründete Schlussabrechnung für die insgesamt vier Tiefbauprojekte an der Benkenstrasse und am Neubadrain. Über das gesamte Projekt betrachtet sind die Gesamtkosten rund 12 Prozent tiefer und somit ist alles günstiger als budgetiert. Die Fraktion nimmt das Ergebnis wohlwollend zur Kenntnis und möchte betonen, dass sehr ausführlich begründet wurde, weshalb etwas teurer oder günstiger war. Die Grünen/EVP werden alle vier Anträge genehmigen.

Hubert Steffen, SVP spricht der zuständigen Gemeinderätin den Dank der SVP-Fraktion für die Abrechnung diverser Investitionskredite Tiefbau aus. Grundsätzlich ist es erfreulich, wenn für Investitionen weniger ausgegeben wird als budgetiert. Doch die zum Teil massiven Differenzen innerhalb der einzelnen Abrechnungspositionen geben dem Redner zu denken. Die vorliegende Abrechnung betreffend Benkenstrasse und Neubadrain kann aus Sicht der SVP nicht überzeugen. In der Einleitung werden Bemerkungen zur Teuerungsabrechnung erwähnt, während anschliessend gesagt wird, dass keine Teuerung angefallen ist. Das versteht der Votant nicht. Ihm missfällt, dass innerhalb einzelner Abrechnungspositionen doch erhebliche Abweichungen ersichtlich sind. Er fragt sich, wie solche Investitionskredite im Voraus geplant werden. Auch ist ersichtlich, dass Angebote vorhanden sind, welche aber schlussendlich massiv überschritten wurden. Wie kann dies sein? Ohne entsprechende Detailangaben zu den einzelnen Positionen ist es von aussen betrachtet sehr schwierig, die vorliegenden Zahlen zu beurteilen und interpretieren zu können. Trotz eines unguten Gefühls wird die SVP-Fraktion die Abrechnung Benkenstrasse zur Kenntnis nehmen und die Mehrkosten Neubadrain gutheissen.

Brigitte Schori, FDP bedankt sich namens der FDP für den ausführlichen Bericht und die Erklärungen. Bei den vier Investitionskrediten fallen die Abweichungen zwischen Kredit, Angebot und Abrechnung auf. Erfreulicherweise resultieren aber Minderkosten – dies auch unter Berücksichtigung der ausstehenden Bundessubventionen – und nur beim Abwasserleitungsbau Neubad Mehrkosten von 36 000 Franken. Es ist anzunehmen, dass entsprechende Massnahmen getroffen wurden und das zukünftige Budgets eine höhere Genauigkeit aufweisen werden. Auch ihrer Fraktion ist aufgefallen: Warum wird die Teuerung so ausführlich erwähnt, wenn es dann heisst «Keine Teuerung angefallen»? Die FDP ist zuversichtlich, dass in Zukunft mit diesem guten Baumanagement die Kreditrahmen eingehalten werden. Sie empfehlen zur Kenntnisnahme bzw. Genehmigung der vier Anträge.

Richard Bräunlich, SP möchte sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die ausführlichen Informationen zur Abrechnung bedanken. Alle Zahlen sind ausführlich beschrieben und es wurde erklärt, weshalb es teurer oder günstiger wurde. Die SP wird daher alle Abrechnungen genehmigen.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP dankt für die wohlwollenden Rückmeldungen. Sie möchte eine Bemerkung zu den Teuerungsabrechnungen machen. Es ist tatsächlich so, dass dies verwirrend daher kommen kann. Es ist eine Standardvorlage, in welcher zu Beginn Ausführungen zur Teuerung enthalten sind, wie sie sich berechnet. Im konkreten Fall hat es aber nirgends zugetroffen. Man hätte die Ausführungen daher rausnehmen können. Sie kann nachvollziehen, wenn man dies nicht ganz verstanden hat. Es ist, weil es sich um eine Standardvorlage handelt. Der Gemeinderat gelobt Besserung. Wenn es nicht mehr zutrifft, kann man es auch weglassen. Die Schwierigkeiten der SVP, diese Abrechnung nachzuvollziehen, tun ihr leid. Die Votantin findet, es sei ausführlich begründet worden. Es gibt Situationen, wo das Angebot der Situation nicht gerecht wird. Das traf hier in zwei Fällen zu und es lässt sich nicht ändern. Die Gemeindepräsidentin ist aber der Ansicht, dass es ausführlich begründet wurde. Sie dankt den Anwesenden, wenn sie die Abrechnungen zur Kenntnis nehmen resp. wo nötig genehmigen.

Christoph Daniel Maier, FDP schliesst sich dem Dank an den Gemeinderat für diesen positiven Rechnungsabschluss an. Er möchte dies zum Anlass nehmen hervorzuheben, dass es offensichtlich in einem schwierigen Umfeld, während der Pandemie mit einer galoppierenden Teuerung, die tatsächlich vorhanden war, und bei unvorhergesehenen Bedingungen trotzdem möglich war, schlussendlich unterhalb des bewilligten Kreditrahmens abzuschliessen. Das ist ein grosses Lob wert und lässt die Fraktion sehr, sehr zuversichtlich auf die kommenden, grösseren Bauvorhaben blicken, wo sie natürlich selbstverständlich genau das Gleiche erwartet. Die FDP ist dankbar, wenn man diese Vorlage, die man hier benutzt hat, um über die Teuerung Ausführungen zu machen, bis dann hoffentlich anpassen konnte und dann eben keine Teuerung ausweisen muss. Wie gesagt: Ein grosses Lob an den Gemeinderat für die umsichtige Ausführung, das gute Baumanagement und die positive Begleitung dieses Projekts. Die Fraktion freut sich darauf, das Gleiche bei den grossen Bauprojekten auch so zur Kenntnis nehmen zu dürfen.

ABSTIMMUNG

Die Präsidentin schlägt vor, über die Anträge 3 und 4 gemeinsam abzustimmen. Dagegen gibt es keine Opposition.

Antrag 1: Kenntnisnahme.

Antrag 2: Kenntnisnahme.

Antrag 3 und Antrag 4: 34 JA / 1 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 03)

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat nimmt die Abrechnung «Strassenkorrektur Benkenstrasse» mit Gesamtkosten von CHF 843 366.55 und Minderkosten von CHF -596 633.45 zur Kenntnis.
- ://: 2. Der Einwohnerrat nimmt die Abrechnung «Abwasserleitungsbau Benkenstrasse» mit Gesamtkosten von CHF 2 427 278.00 und Minderkosten von CHF -172 722.00 zur Kenntnis.
- ://: 3. Der Einwohnerrat genehmigt die Abrechnung «Strassenkorrektur Neubadrain» mit Gesamtkosten von CHF 1 232 003.75 und Mehrkosten von CHF 147 003.75.
- ://: 4. Der Einwohnerrat genehmigt die Abrechnung «Abwasserleitungsbau Neubadrain» mit Gesamtkosten von CHF 298 084.45 und Mehrkosten von CHF 36 084.45.
-

Traktandum 4

Nr. 13

Zone mit Quartierplanpflicht «Spiesshöfli»

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Christoph Daniel Maier, FDP darf zum Thema Quartierplanpflicht auf dem Spiesshöfli-Areal aus Sicht der FDP-Fraktion Stellung nehmen. Die Fraktion sieht, dass die ursprüngliche Planungszone ausläuft und denkt, der Gemeinderat macht einen richtigen Schritt, indem er hier vorausschauend eine Quartierzonenpflicht auf dieses Areal legt. Was bei diesem Übergang von der Planungszone zum Quartierplan allerdings auffällt ist, dass die Planungszone ein etwas anderes Gebiet umfasst hat. Es war insbesondere noch das Areal des Werkhofs mit dabei und daneben ein zweites Gebiet, welches der Albert-Lück-Stiftung gehört. Es ist gut nachvollziehbar, dass die neu renovierten Gebäude der Albert-Lück-Stiftung in den nächsten Jahren nicht mehr angefasst werden. Dass man dort keinen Quartierplan darüberlegen möchte, ist absolut verständlich. Etwas weniger klar ist, warum das Werkhof-Areal nicht in die Quartierplanzone mitaufgenommen wurde. Man hat dies ja in der Planungszone als ein Gebiet betrachtet und auch hier gewisse Vorstellungen vorgelegt.

Die FDP findet es selbstverständlich gut, dass mit dieser Quartierplanzone oder Quartierplanpflicht noch nichts präjudiziert wird. Das ist seines Erachtens der ganz entscheidende Punkt. Nicht alle hier im Rat sind mit der bisherigen Planung unter der Planungszone einverstanden und der Redner selbst, das darf er hier vorausschicken, am allerwenigsten. Seines Erachtens sollte es im Areal Spiesshöfli einen schönen Birsigpark geben und keine Überbauung. Ob es in Bezug auf das Werkhofareal nicht ein Präjudiz dar-

stellt, dass man es eben nicht miteinbezieht und dort z.B. die nötige Anpassung an eine ÖW-Zone oder eine gemischte Zone macht, möchte er zuerst sichergestellt wissen. Seine Fraktion beantragt daher, dass man das Areal Nr. 1491, auf welchem der Werkhof steht, in die Quartierplanzone miteinbezieht mit dem gleichen Anliegen, dass dort nichts präjudiziert wird. Man weiss schlicht und einfach noch nicht, was genau damit passieren soll. Die nötigen Vorlagen liegen noch nicht vor und die entsprechenden Abstimmungen in diesem Rat haben noch nicht stattgefunden. Der Votant ist der Meinung, man sollte sich die Zukunft offenhalten. Der Antrag wurde gestellt. In der Zwischenzeit hat die Fraktion bereits gewisse Auskünfte informell erhalten. Je nach dem, was das Parlament hier heute als offizielle Antwort erhält auf die Frage in Bezug auf die Neutralität dessen, dass man es jetzt nicht in diesen Quartierplan hineinnimmt, könnte sich die FDP auch vorstellen, den Antrag wieder zurückzuziehen. Der Redner möchte es aber wirklich davon abhängig machen, ob vernünftige Antworten kommen, warum man das Werkhofareal nicht miteinbezogen hat. Ansonsten würde die Fraktion dieser Unterstellung unter das Quartierplanverfahren selbstverständlich zustimmen.

Aline Glaser, Grüne/EVP signalisiert, die Grüne/EVP stimme dem Antrag zur Zone mit Quartierplanpflicht Spiesshöfli zu, da es ohne neue Regelung zu einer unkoordinierten Entwicklung kommen könnte. Das wäre nach Meinung der Fraktion nicht zielführend.

Gaida Löhr, SP signalisiert, die SP stimme ebenfalls zu. Die Argumente wurden bereits erwähnt und das Geschäft wurde auch dermassen gut vorbereitet, dass es selbsterklärend ist und man es gar nicht gross kommentieren muss. Zum Antrag der FDP: Selbstverständlich klingt es sehr gut, dass man auch auf der anderen Seite des Birsigs diese Quartierplanzonspflicht einführt. Sie hat sich aber auch überzeugen lassen, dass erstens das Zeitgefässe ein anderes ist. Auf der einen Seite geht jetzt relativ schnell einmal etwas. Beim Werkhof wird man noch ziemlich lange einfach einen Werkhof haben. An Christoph Maier gerichtet ergänzt sie, dies sei nicht zuletzt so, weil gewisse Mitglieder der FDP gegen eine Verschiebung des Werkhofs waren. Aber es ist jetzt einfach so. Die Verschiebung des Werkhofs wurde abgelehnt. Damit bleibt er und wird auch nicht so schnell überbaut. Es ist Gemeindeland. Das ist ein zweiter Grund, der eigentlich dagegenspricht, dass man das jetzt regeln muss. Die Zeit hat man noch allemal. Umgekehrt ist es natürlich auch so, dass die Vorlage des Gemeinderats jetzt kommt, weil sie jetzt dort nötig ist, damit der Übergang gewährt ist und man es nicht einfach auf eine andere Seite und grössere Parzellen ausdehnen kann. In diesem Sinn wird ihre Fraktion dem Antrag der FDP nicht zustimmen, aber selbstverständlich dem Antrag des Gemeinderats.

Isabelle Amacker, Mitte/GLP dankt dem Gemeinderat namens der Mitte/GLP für den vorliegenden Bericht. Die Fraktion ist dafür, dass diese Planungszone rechtzeitig mit einem Quartierplan abgelöst wird. Es ist für sie nachvollziehbar, dass es aufgrund der Komplexität der Planung zu Verzögerungen kam und die fünfjährige Frist der Planungszone nicht gereicht hat, auch wenn sie das mit Blick auf die Rechte der betroffenen Grundeigentümer nicht als gute Situation beurteilen und es wichtig finden, dass eine effiziente Quartierplanung stattfindet und man die Prozesse möglichst zeitnah angeht. Die Mitte/GLP findet eine gesamthafte Planung des Quartiers Spiesshöfli notwendig und wichtig. Hinzu kommt, dass damit auch ein geordneter Ablauf oder eine geordnete Abhandlung der politischen Vorstösse zur Quartierplanung ermöglicht wird. Aus diesem Grund folgt die Fraktion dem Antrag des Gemeinderates.

Konrad Widmer, SVP bedankt sich für den Bericht. Die Problemstellung ist klar geschildert, der Lösungsweg auch. Die SVP wird deshalb dem Antrag des Gemeinderates folgen. Beim Antrag der FDP hat seine Vorrednerin von der SP gut begründet, weshalb man diesen nicht zwingend annehmen muss.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP erläutert, grundsätzlich sei es so, wenn man jetzt den Perimeter der Quartierplanpflicht ändere, müsse man die Mitwirkung noch einmal starten. Der Einwohnerrat kann nicht einfach den Perimeter erweitern ohne eine Mitwirkung. Das heisst, dieser Prozess müsste noch einmal gestartet werden. Die Werkhofparzelle ist im Besitz der Gemeinde Binningen. Somit entscheidet die Gemeinde Binningen über das weitere Vorgehen bei dieser Parzelle. Es ist überflüssig, sich selbst

Regeln zu geben, die man dann wiederum umstossen kann. Aus diesem Grund macht es jetzt keinen Sinn, die Werkhofparzelle in den Perimeter hineinzunehmen. Es ist aber eminent wichtig, dass man auf der Ostseite zwischen Birsig und der Baslerstrasse die Quartierplanpflicht einführen kann, damit man einen geregelten Übergang hat vom jetzigen Zustand in die Zukunft.

Christoph Daniel Maier, FDP spricht dem zuständigen Gemeinderat seinen Dank für die Antworten aus. In Bezug auf die Änderung der Zone wäre er dankbar, wenn der Rat noch eine kurze Ausführung dazu haben könnten. Gilt das Gesagte auch in Bezug auf eine Zonenzuordnung z.B. bei einer Überweisung in eine ÖW-Zone oder in eine gemischte Zone?

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP erklärt, eine Änderung der Zone bewirke ein Verfahren, das öffentlich sei und bei dem eine Mitwirkung stattfinde. Das kann in einem Quartierplanverfahren sein, es kann aber auch in einem anderen Verfahren sein. Die Nutzung beim Werkhof ist im Moment noch nicht wirklich klar. Es ist noch altrechtlich geregelt und die Politik wird entscheiden müssen, wo der Weg durchgehen soll. Es ist unter anderem auch der Einwohnerrat, der das machen wird. Von daher dreht man sich hier im Kreis.

Christoph Daniel Maier, FDP möchte sich nicht im Kreis drehen. Er möchte auch niemandem die Zeit rauben. Er wäre aber dankbar, wenn er eine klare Aussage des Gemeinderats erhalten würde in Bezug darauf, dass man mit dem Nicht-Einbezug kein Präjudiz schafft und dass der Einwohnerrat jederzeit in der Lage ist, dort eine Änderung der Zonenzugehörigkeit zu beschliessen. Dies, auch wenn es nur ein Grundstück ist. Das wollte der Votant hören.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP äussert, wie schon angetönt ist es kein Präjudiz, wenn man das Gebiet nicht miteinbezieht und keine Quartierplanpflicht vorschreibt. Man ist absolut frei, wie man mit dieser Parzelle umgehen möchte und welches Verfahren man anwendet.

Christoph Daniel Maier, FDP teilt mit, nach dieser Auskunft werde die FDP ihren Antrag zurückziehen.

ABSTIMMUNG

Antrag des Gemeinderats: Einstimmig JA (Abstimmung 04)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst die Zonenmutation «Zone mit Quartierplanpflicht Spiesshöfli», beinhaltend Zonenplan Siedlung und Landschaft.

Traktandum 5

Nr. 190/XIII

Interfraktionelles Postulat: Klimaschutz und Energieversorgung auf gemeindeeigenen Immobilien

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Nina Eldridge, Mitte/GLP dankt dem Gemeinderat für die Informationen bzgl. des Postulats. Es ist sehr erfreulich, dass Teile des Postulats schon in der Energiestrategie der Gemeinden vorgesehen sind. Die

Strategie gibt eine gewisse Zielrichtung vor. Für die Planung und Umsetzung von konkreten Massnahmen sind allerdings immer auch weitere Schritte notwendig. Hier setzt der Vorstoss an. Im Postulat wird die Prüfung von zwei konkreten Massnahmen betreffend den Klimaschutz und die Energieversorgung mit dem Zeithorizont 2030 gefordert. Handlungsbedarf und Zeitdruck sind gegeben. Der Gemeinderat geht in seiner Antwort vor allem auf die Photovoltaikanlagen ein. Die Mitte/GLP möchte hier auch nochmals die Begrünung hervorheben. Einerseits können Begrünungen mit Photovoltaikanlagen Hand in Hand gehen, weil sie eine kühlende Funktion haben, was sich positiv auf den Wirkungsgrad auswirkt. Andererseits reinigen sie die Luft, haben im Winter eine isolierende Wirkung, bieten Lärmschutz und sind Lebensräume für Pflanzen und Tiere.

Die Gemeinde soll beim Klimaschutz eine Vorbildfunktion einnehmen, die die Fraktion mit dem Postulat weiter vorantreiben möchte. Es gibt viel Potenzial, das man ausschöpfen sollte. Photovoltaikanlagen sind vor allem bei Gebäuden mit hohem Energieverbrauch rentabel. Somit wären solche Anlagen gerade bei Schulen, Gemeindegebäuden oder zum Beispiel beim Werkhof eine Möglichkeit. Die beiden Massnahmen sind vor dem Hintergrund des voranschreitenden Klimawandels dringend nötig. Darum wird im Postulat gefordert, die möglichen Massnahmen bis 2030 und nicht erst bis 2035 umzusetzen. Die Begrünung ist eine Klimaanpassung, die Photovoltaikanlagen eine Klimaschutzmassnahme und zusammen umgesetzt sind sie noch wirkungsvoller. Es wird beides brauchen und je früher, desto besser. Die Mitte/GLP wird dem Gemeinderat folgen und das Postulat überweisen.

Stephan Siegel, SVP erwähnt, im Postulat stehe, dass es u.a. auch um die Energiesicherheit gehe. Ein Flickenteppich von PV-Anlagen liefert aber Flatterstrom. Das ist genau das, was schlecht ist für die Stromversorgung resp. die Stromversorgungssicherheit. Es ist wirklich so. Je mehr, desto schlechter. Denn wenn die Sonne einmal weg ist, dann fehlt Strom im Netz. Im Netz muss das Angebot gleich der Nachfrage sein und zwar immer. Wenn es nicht so ist, stürzt es zusammen. Die Dekarbonisierung, die künstliche Intelligenz und all diese Themen erfordern riesige Mengen an Solarstrom. Alles mit PV-Anlagen auf irgendwelchen Dächern zu überziehen ist kontraproduktiv. Es wird nicht funktionieren mit Solarstrom. Es sei denn, man hat auf jedem Haus noch eine Batterie. Aber was diese Batterien für eine Schweinerei sind, das weiss auch jeder. Der Fraktion ist klar, dass die Gemeinde dies schon macht. Es ist in der Strategie enthalten, das ist klar. Aber inhaltlich ist es aus Sicht der SVP falsch und daher stimmt die Fraktion dagegen.

Lewin Lempert, SP führt aus, der Klimaschutz sei eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit. Es gibt sehr viele Vorschläge für Massnahmen, utopische und weniger utopische. Das, was Rahel Amacker zusammen mit anderen hier in diesem Postulat fordert, gehört sicher zur zweiten Kategorie, zu den weniger utopischen. Sie schlägt nämlich sehr konkrete Massnahmen vor, die die Gemeinde Binningen direkt steuern kann. Das Postulat möchte das Potenzial der Stromproduktion auf unseren Dächern und Fassaden ins Zentrum stellen. Vielleicht einfach eine ganz kurze Replik auf die Frage, ob Solarenergie sinnvoll ist. Ja oder nein. Heutzutage geben wir jährlich 8 Milliarden Franken ins Ausland, um fossile Energien einzukaufen. Gas, teilweise natürlich auch Atomenergie aus Frankreich. Das sind genau die fossilen Energien, die zu Unsicherheiten führen. Das konnte man in den letzten Wintern mit den Strommangellagen sehen, als die Lieferungen von Gas zum Beispiel via Russland ein grosses Problem wurden für die Stromsicherheit in unserem Land. Daher macht es Sinn, einheimischen, erneuerbar produzierten Strom zu fördern. Eine Solaranlage in Binningen wird auch im Winter Strom produzieren.

Konkret schlägt das Postulat zwei Massnahmen vor. Auf allen gemeindeeigenen Immobilien mit geeigneten Flächen soll bis 2030 eine Photovoltaikanlage installiert werden und wo sinnvoll soll auch bei der Begrünung vorwärts gemacht werden. Der Gemeinderat schlägt vor, das Postulat zu überweisen. Das begrüsst der Redner natürlich sehr als Teil der Postulentinnen und Postulenten. Konkret schlägt der Gemeinderat vor, diese Massnahmen im Rahmen der aktualisierten Energiestrategie, die Ende Jahr in den Einwohnerrat kommen soll, zu prüfen und ev. auch aufzunehmen. Er schreibt, dass in dieser aktualisierten Strategie vorgesehen ist – also sozusagen als Vorgeschmack auf die Strategie, die noch kommen

wird –, bis 2035 bis zu 50 Prozent des Strombedarfs der Gemeindebauten im Verwaltungsvermögen zu decken. Das ist zu begrüßen. Der Votant würde sich aber natürlich freuen, wenn der Gemeinderat in dieser aktualisierten Strategie noch ein bisschen ambitioniertere Ziele setzen würde. Man könnte sagen, dass man bis 2030 zu diesem Ziel kommen will, oder auch einen höheren Anteil von zum Beispiel 75 Prozent erreichen möchte. Er möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass auch der Souverän, auch die Bevölkerung in Binningen, 2023 das Klimaschutzgesetz angenommen hat. Das nationale Klimaschutzgesetz sieht vor, dass wir als Land und damit auch als Gemeinden und Kantone bis 2050 Nettonull erreichen wollen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss man vorwärts machen. Dafür braucht es konkrete Massnahmen und dazu gehört auch die Stärkung der Solarenergie.

Stefan Kaiser, FDP äussert, man habe schon viel gehört über dieses Thema. Es wird immer gross in den Medien darüber berichtet. Die FDP anerkennt zweifellos die Forderungen, die im Postulat formuliert sind. Gleichzeitig unterstützt die Fraktion die Marschroute des Gemeinderates, der seine Absicht im Legislaturprogramm kundgetan und dann in der Energiestrategie ausformuliert hat. Er arbeitet bereits in wesentlichen Teilen daran, was auch im Postulat erwähnt wurden. Wie bereits gehört, kommt der Bericht gegen Ende Jahr und wird beinhalten, was in der neuen Strategie so alles gegangen ist und was noch gehen wird. Die FDP stimmt deshalb für Überweisung, wird aber den Antrag stellen, das Postulat auch gleichzeitig abzuschreiben. Lösungen in diesem Thema sind sicher gut, Massnahmen auch. Sie sollten aber auch dort gemacht werden, wo es sinnvoll ist. Das haben die Vorredner auch schon erwähnt. Einfach nur Solarzellen auf die Häuser zu packen, bringt ohne Batterie nichts. Die Speicherkapazität ist das Wesentliche. Einer Strommangellage in einem Winter, wenn die Sonne nicht viel scheint und alles mit Schnee bedeckt ist, kann mit einer Solaranlage auf jedem Dach sicher nicht entgegengewirkt werden. Lösungen sieht der Gemeinderat vor und wird sie in seinem Bericht gegen Ende Jahr sicher darlegen und ausführen.

Sirin Hauri, Grüne/EVP bedankt sich für die freundliche Aufnahme des Postulats und die Erklärungen zu den geplanten Massnahmen. Wie immer ist es sicher sinnvoll, solche Vorstösse im Rahmen von bestehenden Konzepten einzubinden und nicht eine Pflasterpolitik zu betreiben. Wieso die Massnahmen im Postulat sinnvoll sind, wurde bereits ausreichend erwähnt. Die Votantin stimmt allen positiven Voten zu. Ob die Massnahmen, die der Gemeinderat vorschlägt, tatsächlich die Anliegen des Postulats erfüllen werden, bleibt abzuwarten. Sie ist eher der Meinung, dass sie zu konservativ sind. Angesichts der bekannten Situation scheint es der Fraktion sinnvoll, so viel sauberen Strom zu produzieren, wie es auf den ohnehin versiegelten Flächen möglich ist. Dass wir alle von einem besseren Mikroklima profitieren, hat man diesen Sommer an den heissen Tagen gesehen. Vielleicht noch ein Vergleich zur sauberen Stromproduktion: Binningen hat eine Produktion von nachhaltigem Strom von 0,2 Megawattstunden pro Jahr pro Person. Schweizweit sind es fünf. In Birsfelden, einer Gemeinde, mit der man sich vielleicht ein bisschen vergleichen kann, sind es 56,3. Die Votantin ist der Ansicht, hier könnte man noch etwas verbessern. Die Grünen/EVP sind dafür, das Postulat zu überweisen und nicht abzuschreiben bis klar ist, wie gut die Massnahmen wirklich umgesetzt werden mit dem, was der Gemeinderat vorschlägt.

Lewin Lempert, SP möchte sich nur kurz zum Antrag der FDP auf Abschreibung äussern. Diesen Antrag lehnt die SP ab, weil sie überzeugt ist, dass es im Sinn der Postulentinnen und Postulenten ist abzuwarten, was der Gemeinderat in dieser aktualisierten Energiestrategie für Massnahmen vorschlägt. Danach kann man seines Erachtens die Diskussion führen, ob eine Abschreibung angebracht ist oder nicht.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 29 JA / 6 NEIN (Abstimmung 05)

Abschreibung Postulat: 16 JA / 19 NEIN (Abstimmung 06)

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 6

Nr. 194/XIII

Motion S. Inäbnit, FDP: Eine zeitgemässe digitale und kundenfreundliche Parkraumbewirtschaftung in Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Leon Behrends, FDP bedankt sich namens der FDP beim Gemeinderat für den Bericht. Die Fraktion ist erfreut, dass der Gemeinderat die Zeichen der Zeit erkannt hat und breit ist, das bestehende Parkraumbewirtschaftungskonzept in Richtung Vereinfachung und Digitalisierung weiterzuentwickeln. Jedes System und jede Software hat einen gewissen Lebenszyklus und nach vielen Jahren ist es jetzt an der Zeit, Anpassungs- und Modernisierungsmassnahmen zu treffen. Die FDP ist der Meinung, dass durch die Parkgebühren mehr als genügend Geld eingespielt wird, um die überfällige Modernisierung zu finanzieren. Gerne geht der Votant noch auf die einzelnen Antworten des Gemeinderates ein. Zum ersten Punkt: Bei Parkkarten, die an den BVB-Automaten bezogen werden, hätten sie eigentlich auch gerne eine Angleichung an den Kontrollprozess über das Nummernschild, analog zum Kontrollprozess von Parkkarten, die auf der Gemeinde bezogen werden, verfolgt. In der Stadt Basel, wo der Parkkartenvergabeprozess über die BVB-Automaten sehr ähnlich verläuft, hat sich aber gezeigt, dass Anpassungen am Automaten ausgesprochen kompliziert sind. Deswegen sehen sie hier das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht gegeben. Stattdessen wäre es sinnvoll, die Parkkarten auch über Parking-Apps wie «Easy Park» oder «Parking Pay» buchbar und elektronisch hinterlegbar zu machen. Eine solche Diversifizierung der Angebotskanäle wäre speziell aus Konsumentensicht zu begrüssen.

Bezüglich der Notwendigkeit, Parkkarten physisch zu hinterlegen, die nicht an BVB-Automaten gelöst werden, wünscht sich die FDP von der Gemeinde eine klare Kommunikation. Im Bericht heisst es, dass die Anwohnerparkkarten nicht hinter den Windschutzscheiben platziert werden müssen. Die Fraktion sieht hier einen Widerspruch zum Parkraumreglement, wo in § 7 Abs. 3 geschrieben steht: «Die Parkkarten sind gut sichtbar hinter der Frontscheibe anzubringen.». In der Vollzugsordnung steht im § 2 Absatz 7: «Unleserlich gewordene Parkkarten sind ungültig und müssen gegen Entrichten der Bearbeitungsgebühr von 20 Franken erneuert werden.». Wenn das Auslegen der Parkkarte nicht notwendig wäre, könnte man auf die Ausstellung dieser verzichten und müsste schon gar nicht unleserlich gewordene Parkkarten ersetzen. Sie sehen hier Anpassungsbedarf in Reglement und Verordnung. Bei Punkt 2 bestehen die Fraktion darauf, dass die Bestellung von Besucherparkkarten ohne die Eingabe von Namen und weiteren persönlichen Daten erfolgen kann. Die Software soll entsprechend angepasst werden. Bei Punkt 3 begrüssen sie die Einsicht des Gemeinderats. Die Notwendigkeit, die Gültigkeitsdauer von Anwohnerparkkarten flexibler zu gestalten, ist ein Gebot der Stunde und zeigt, dass das bestehende System veraltet ist.

Bei Punkt 4 fordert die FDP mehr technischen Mut. Kreditkarte Pre-Authorizations, wo ein Betrag auf der Karte reserviert wird, welcher bei einer Parkkartenberechtigung abgebucht und falls keine besteht wieder freigegeben wird, existieren seit Jahrzehnten. Mit einem relativ geringen Aufwand könnte so der Parkkartenkaufprozess sowohl für Kunden als auch für die Gemeinde erheblich vereinfacht werden. Bei

Punkt 5 akzeptiert die FDP die Antwort des Gemeinderats. Für die Zukunft wünscht sie sich, dass Binningen konsequent Benchmarking mit anderen Gemeinde betreibt, die ebenfalls Parkkartensysteme haben. Als moderne und wohlhabende Gemeinde soll Binningen in Sachen Digitalisierung und Kundentreue ganz oben mitspielen. Bei der Überweisung der Motion erwartet die FDP, dass Punkt 1 bis 4 verbindlich umgesetzt werden entweder durch eine Vorlage, wenn der Einwohnerrat zuständig ist, oder durch einen Beschluss des Gemeinderats, falls es in der Kompetenz des Gemeinderats liegt. Es handelt sich hier nämlich um eine Motion und nicht um ein Postulat. Deshalb ist eine weitere Prüfung mit einem Bericht an den Einwohnerrat nach so einer Motion nicht opportun. Vor diesem Hintergrund wird die FDP die Überweisung der Motion unterstützen.

Roman Oberli, SVP teilt mit, die SVP danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Ausarbeitung dieses Geschäfts. Die Fraktion hat insbesondere den Hinweis gut gefunden, dass die Anwohnerparkkarte schon heute nicht zwingend in physischer Form mitgeführt werden muss, sondern dass die Berechtigung per Nummernschild geprüft wird. Der Redner hat den Eindruck, dass dies in Binningen noch nicht allen bewusst ist, wobei soeben ein guter Hinweis seines Vorredners kam. Sofern der Vorstoss überwiesen wird, könnte man diese Thematik gleich anpassen. Die SVP kann das Anliegen der FDP bzgl. einer modernen Lösung für das Bezugssystem verstehen und unterstützen. Ihnen ist allerdings wichtig, dass der Bezug nicht ausschliesslich online möglich ist. Es gibt nach wie vor weniger digital affine Personen und die sollten weiterhin die Möglichkeit haben, an einem physischen Bezugspunkt die Karte zu kaufen. Wichtig ist dabei zu erwähnen, dass es um den Bezug geht. Das Produkt kann nach Ansicht der Fraktion problemlos rein digital sein. Die SVP wird deshalb einen Antrag stellen, der fordert, dass die Formulierung von Punkt 2 von «nur» zu «auch» geändert wird. Ansonsten kann die Fraktion der Überweisung der Motion zustimmen mit dem Hinweis an den Gemeinderat, dass es bei der Anpassung des Parkraumreglements rein um die Frage nach einer digitalen Lösung geht und dass möglicherweise dazu mitgedachte Gebührenerhöhungen von der SVP strikt abgelehnt werden.

Urs Hauri, Grüne/EVP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung namens des Grünen/EVP für die detaillierte Antwort. Die Fraktion ist mit der Antwort und den Ideen, die hier geäussert werden, eigentlich einverstanden. Insbesondere auch damit, dass jedes Auto mit eigener Nummer auch eine eigene Parkbewilligung braucht. Wie der Gemeinderat finden sie diese Kosten vertretbar und verhältnismässig. In diesem Sinn stimmen die Grünen/EVP der Überweisung der Motion zu.

Felix Gerber, Mitte/GLP bedankt sich für die Einreichung der Motion. Grundsätzlich unterstützt die Fraktion eine Überprüfung der Parkraumbewirtschaftung mit dem Ziel, diese kundenfreundlicher auszugestalten. Ebenso bedanken sie sich beim Gemeinderat für die ausführlichen Antworten. Das war sehr hilfreich und es ist erfreulich zu lesen, dass einige der Punkte auch schon umgesetzt sind. Ebenso unterstützt die Mitte/GLP das angedachte Vorgehen, dass man sich zuerst mit dem Softwareanbieter abspricht, um zu eruieren, welche Lösungen sinnvoll umgesetzt werden können. Betreffend des Antrags der SVP versteht der Redner die Antwort des Gemeinderats so, dass es sowieso nicht möglich oder sinnvoll ist, die Motion Wort für Worte bzw. Punkt für Punkt so umzusetzen. Denn es gibt auch einige Sachen, die nicht umsetzbar sind bzw. schon umgesetzt wurden. In diesem Sinn hat die Fraktion Vertrauen in den Gemeinderat, dass er nach der Überweisung der Motion einen Vorschlag präsentieren wird, der eine sinnvolle Lösung beinhaltet und keine buchstabengetreue Umsetzung.

Jonathan Noack, SP schliesst sich dem Dank für die Beantwortung der Fragen an. Dass man sich grundsätzlich überlegt, wie man Prozesse wie den Parkkartenkauf möglichst attraktiv und möglichst einfach machen kann, begrüsst die SP. Insbesondere haben die Antworten gezeigt, dass diverse Möglichkeiten schon umgesetzt sind. Man kann zum Beispiel bereits mit Apps Parkkarten lösen, wenn man eine Besucherparkkarte braucht, und man kann, wenn man die Parkkarte online kauft, diese mit der Kreditkarte bezahlen. Die Fraktion stört sich daran, dass man sich in dieser Motion vorstellt, dass Binningen das modernste Parkkartensystem der Welt entwickeln sollte. Der Votant möchte einfach daran erinnern, dass eine Parkkarte 48 Franken pro Jahr kostet. Aus Sicht der SP ist dies ein symbolischer Betrag. Dafür nun

eine IT-Lösung hochzufahren, die unglaublich ausgefeilt ist, scheint ihnen nicht verhältnismässig. Auch vor dem Hintergrund, dass gewünscht wird, dass man es möglichst konsequent umsetzt, so wie es hier geschrieben steht, würde die Fraktion die Motion der Verhältnismässigkeit wegen und wegen der 48 Franken, die eine Parkkarte kostet, nicht überweisen.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP erklärt, der Gemeinderat werde selbstverständlich noch einmal einen Bericht in den Einwohnerrat bringen müssen. Es ist eine Anpassung des Reglements gefordert und das liegt in der Kompetenz des Einwohnerrates. Das kann nicht ohne weiteren Bericht im Einwohnerrat gemacht werden. Es tut ihr leid. Alles andere wird sich der Gemeinderat anschauen. Was die Votantin sicher bereits jetzt sagen kann ist, dass es nie die Idee war, nur digital zu fahren. Dies zur Beruhigung von Roman Oberli. Auch wenn sie selbst sehr digital affin ist, so wird die Gemeinde noch ewig und drei Tage hybrid unterwegs sein. Da muss man sich keine Sorgen machen. Alles Weitere wird der Gemeinderat sehr gerne prüfen und wieder mit einer Vorlage kommen.

ABSTIMMUNG

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommt die Präsidentin zur Abstimmung. Sie möchte zuerst über den Antrag der SVP abstimmen lassen, der eine Änderung von Punkt 2 der Motion fordert: «....Besucherparkkarten ohne Angabe des bestellenden Individuums und auch ~~nur~~ in elektronischer Form, ohne notwendigen Ausdruck, online bestellbar sind.».

Antrag SVP: 18 JA / 7 NEIN / 9 Enthaltungen (Abstimmung 07)

Überweisung Motion: 27 JA / 8 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 08)

BESCHLUSS

- ://:** 1. Punkt 2 der Motion wird wie folgt abgeändert:
«....Besucherparkkarten ohne Angabe des bestellenden Individuums und auch nur in elektronischer Form, ohne notwendigen Ausdruck, online bestellbar sind.»
- ://:** 2. Die Motion wird an den Gemeinderat überwiesen.
-

Traktandum 7

Diversa

Einwohnerratspräsidentin Karin Müller, SP schliesst die Sitzung um 20.40 Uhr und wünscht allen einen schönen Abend.

ER-Sitzung vom 26. August 2024

			Gesch. Nr. 12		Gesch. Nr. 13	Gesch. Nr. 190/XIII		Gesch. Nr. 194/XIII	
			02	03	04	05	06	07	08
Nr.	Name	Fraktion	Überweisung in GRPK	Genehmigung Kreditabrechnungen Neubadrain	Beschluss Zonenmutation	Überweisung Postulat	Abschreibung Postulat	SVP-Antrag: Anpassung von Punkt 2 der Motion	Überweisung Motion
1	Bertschi	EVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
2	Glaser A.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Ja
3	Glaser K.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Ja
4	Hauri S.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Not voted	Ja
5	Hauri U.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
6	Schwarb	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
7	Bräunlich	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein
8	Büchelin	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Enthaltung
9	De Fregias	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Nein
10	Ipek-Avvisati	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein
11	Lempert	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein
12	Löhr	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein
13	Müller	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein
14	Noack	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Nein
15	Schellenberg	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein
16	Amacker I.	Mitte	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
17	Amacker R.	Mitte	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
18	Eldridge	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Ja
19	Gerber	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
20	Jegge	Mitte	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Not voted	Ja
21	Kamber	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Ja
22	Röschli	Mitte	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
23	Behrends	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Frauchiger	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Giani	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Not voted	Enthaltung	Ja
26	Haefele	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Kaiser	FDP	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
28	Lancashire	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
29	Lüthi-La Roche	FDP	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Maier	FDP	Nein	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja
31	Schori	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
32	Setz	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
33	Treuthardt	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
34	Kremo	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
35	Marti	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
36	Oberli	SVP	Ja	Enthaltung	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
37	Schmid Fabini	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
38	Siegel	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
39	Steffen	SVP	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
40	Widmer	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
TOTAL									
Ja			6	34	36	29	16	18	27
Nein			28	1	0	6	19	7	8
Enthaltungen			0	1	0	0	0	9	1
			34	36	36	35	35	34	36